

Der Gefellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Verleger: 1920

Verleger: 1920

Redaktions-Zeilung in
Nagold. —
Telephon 123456789

Verleger: 1920

Kollegium-Werke:
H. Schmidl, Nagold

Verleger: 1920

Kr. 256

Dienstag den 2. November 1920

94. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Okt. Die allgemeine Ausproche zum Reichshaushalt wird fortgesetzt.

Schäfer (Dem.) betont: Wir dürfen keine Gelegenheit verpassen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Friedensvertrag von Versailles eigentlich ein Rechtsbruch ist und eine Verletzung der Wilson'schen Punkte, auf die wir uns jederzeit verlassen hätten. Wir sind durch den Friedensvertrag um das Wilson'sche Programm betrogen worden. Unserer Abkehrung soll eigentlich die internationale Abrüstung folgen. Doch ist bis jetzt damit noch kein Anfang gemacht worden. Man muß allerdings auch zugeben, daß die Verhältnisse in der Welt dazu jetzt noch nicht ansetzt sind. Nur vereinzelte Stimmen stellen sich auf den Boden der Gerechtigkeit und des Rechts. Demgegenüber kann nicht laut genug betont werden, welche Verwirrung der Friedensvertrag angerichtet hat. Überall tauchen fortgesetzt neue Gegenstände auf. Der Völkervertrag ist zum Beispiel der Welt geworden. Englands schwermütige Lage erkennen wir an. Überall regt es an seinem Weltmonopol. In Rußland hat es eine harte Krise zu bestehen und der Kistenstreit bedroht seine Produktion. Das bedauere ich um so mehr, als es so augenblicklich die Hand nicht frei hat, um den Hegemoniebestrebungen Frankreichs auf dem Kontinent entgegenzutreten. Redner nimmt Stellung gegen die Ausführungen Scheidemanns polemisierend, den General v. Seeckt in Schutz und die Offiziere. Das letztere jährliche Heeresgesetz haben, ist Tatsache. Aber die strengen Pflichten sind hoch anzuschätzen, mit der sie sich der traurigen und schmerzlichen Arbeit der Abrüstung unterziehen haben. Ich möchte leben, was die Arbeiter sagen würden, wenn man ihnen nach fünfjähriger treuer Arbeit den Stuhl vor die Türe setzen würde. Koske hat in dem General v. Seeckt sicherlich einen ihm zuverlässig erscheinenden Mann benannt. Was Oberschießlein und die Ausführungen des Grafen Kopsch betrifft, so meint Redner, daß ein Staatsmann nicht nach seinen eigenen Wünschen verfahren kann. Auch die Sozialisierung ist von großer Bedeutung. Sie muß nach Angaben des Abg. Scheidemann vernünftig erfolgen. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch andere haben für die Arbeiterkassen Verständnis. Die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Heim zeugen von großer Liebe und tiefem Verständnis für die Arbeiterschaft. Redner warnt die Arbeiterschaft, ihre Forderungen zu überhupen. Er weist nach, daß die Finanzwirtschaft, die doch ein sozialer Gedanke ist, uns nicht habe retten können. Der Abg. geht dann auf den Etat ein und fordert Sparmaßnahmen. Er verteidigt das Verhalten der Arbeiter gegen den 10-prozentigen Lohnabsatz, da diese nicht überzeugt sind, daß auch die Reichsregierung entsprechend herangezogen würden. Hier fehlt es an der genügenden Aufklärung. Viel zweckmäßiger aber würde es sein, wenn man die Eingehung der Steuern den Industriellen- u. Handelskammern-Organisationen überlassen würde, zumal man eine Anzahl von Beamten sparen könnte. Es ist überhaupt ein Irrtum, anzunehmen, daß eine Bewältigung umso besser arbeite, je größer sie ist. Er frage, was aus dem Ausschuß zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates geworden sei. Bei der Justizverwaltung könnten durch Einschränkung der übermäßigen Rechtsprechung ebenfalls viele Beamte gespart werden. Es genüge auch nicht, daß nur die untergeordneten Beamten, die etwas verdrängen hätten, bestraft würden. Auch die Vorgesetzten, die die Verantwortung tragen, müßten bestraft werden. Wenn die Sozialdemokraten aber nicht wollen, so dürfe sie sich nicht beklagen, wenn ohne sie regiert wird. Wir verlangen aber auch von der Regierung, daß sie nicht immer nach der Sozialdemokratie hinsichtlich. Andererseits müße diese ewige Unruhe und die Gerichte von Ministerpräsidenten aufhören, damit endlich einmal die Hand an den Aufbau gelegt werden könne.

Dämmig (U.S. links) erkennt an, daß in den Reden der Minister ein Stern Wahrheit liege. Er polemisiert gegen die Rechte und fragt, ob sie wirklich glaube, die Monarchie wieder aufleben zu können. Sie werden es niemals fertig bringen. Wir wissen, daß es mit ihnen (nach rechts) einen Kampf Auge um Auge, Zahn um Zahn geben wird. Darauf bereiten wir uns vor. Der Versailler Vertrag ist nur das Echo des Vertrags von Brest Litowsk. Der Entente kann jetzt keine andere Macht entgegentreten, als die organisierte Arbeiterschaft. Nicht nur in Westeuropa, nein, auch in England machen sich schon die Anzeichen eines Wandels bemerkbar. Andererseits sei aber zwischen dem deutschen und dem französischen Militarismus kein Unterschied. Und wenn es gegen die Arbeiterschaft oder gegen den Bolschewismus geht, so würden beide sich im Dienste des Kapitalismus finden. Wir wollen den Sozialismus und zwar gleich und wir werden ihn erkämpfen mit unserem Blute. Auch die Hellsicht die empfohlen werden und insonderheit das Rezept des Abg. Dr. Heim gefallen uns nicht. Der Sozialisierungsplan wartet nicht. Wir werden nichts erreichen, die Vorschläge, die gemacht werden, sind nur Krampfadern des Kapitalismus. Die Sozialisierung unter Schöpfung der Unternehmer sei falsch. Eine andere Sozialisierung werde sich aber in diesem hohen Maße nicht durchführen lassen. Alle Zerstörungen müßten ausgeglichen werden, um die Mobilisierung der Arbeiterschaft vorzubereiten. Die Reformistische Partei werde deshalb

ihre Kraft einsetzen, um die Arbeiterschaft aufzuspüren. Bleibt es ferner dabei, daß der Minister Simonis zu General Wrangel sein bürgerlich-rechtliches Verhalten beibehalte, so sage er ihnen schon jetzt den schärfsten Kampf an. Die Reichswehr müsse verschwinden. Die Entwaffnung habe dafür gesorgt, daß die Arbeiterschaft entwaffnet würde. Die Orgesch-Organisationen seien dagegen völlig gerüstet. Die Arbeiter seien aber auf ihrer Hut und würden jedochwohl dieser Nacht eine andere gegenüberstellen. Das parlamentarische System sei ein Pöbel. Nur das Stimmesystem sei geeignet, das Recht der Arbeiter zu wahren.

Müller-Frank (Soz.) polemisiert gegen die beiden Redner und betont, die Werbung unter der Arbeiterschaft erfolge nicht im Parlament, sondern in Volksersammlungen. Gegen das Kulturkrisenheft, das in der Forderung der Festigung der Dieselmotoren liege, habe auch seine Partei Einspruch erhoben. Zur Autonomiefrage in Oberschlesien meint der Redner, Oberschlesien solle selbst entscheiden, ob es bei Preußen bleiben wolle. Beim Reichsbeirat es jedenfalls. Daß der Vertrag von Versailles revidiert werden müsse, sei klar. Eine Revision können wir aber nur erreichen, wenn wir der Welt begreiflich machen könnten, daß bei uns ein neuer Geist eingezogen sei. Die Mahnung zur Sparsamkeit fordert zur Nachprüfung heraus, ob im Heeresdienst alle die Bedenken und Offiziere erforderlich seien. Scheidemanns Ausführungen seien mißverstanden aus der Sorge um den Bestand der Republik. Die ewigen Forderungen bedrohen die Einheit des Reiches. In der Völkerverdringungzeit teilte der Redner den Standpunkt des Ministers, wünscht aber doch, daß ein allgemeiner Völkervertrag mit Einschluß Rußlands und Deutschlands zustande komme. Müller greift sodann die Rechte an, weil sie in den Novembertagen ihre Stimme für die Monarchie erhoben habe, jetzt aber so tue, als ob sie auch damals ihr Heiter gewiesen wäre. Redner wandte sich sodann gegen Dr. Heim, der sich über das Programm der bayerischen Volkspartei auszusprechen habe. Daß eine monarchistische Bewegung in Bayern am Werke sei, sei klar. Aber dafür sei in der deutschen Republik kein Platz. Die bayerische Arbeiterschaft werde dagegen Einspruch erheben. Im übrigen habe Bayern kein Recht, Verträge mit dem Ausland abzuschließen. Wenn das Recht auf Selbstbestimmung wie es die Orgesch darstellt, als zur Zeit selbstverständlich betrachtet werde, dann hätte auch die Arbeiterschaft das Recht, sich zu schützen. Die Heereskräfte nach Posen zu verlegen zu dem gleichen Kapitel. Warum wird die mit dem Grenzschutz betraute Sicherheitspolizei nicht durch die Reichswehr unterstützt? Erst wenn der militärische Geist in Deutschland endgültig begraben ist, werden wir im Ausland zur Abrüstung kommen. Der Entwaffnungskommission habe nichts über die Entwaffnung der Einwohnervwehren in Preußen und Bayern gesagt. Bayern sei der Held der Reaktion. Auch General Ludendorff sei dort wieder aufgetaucht. Der Redner kommt dann auf einzelne Mißstände zurück und betont u. a., daß das Wohnungsamt noch nicht in der Lage sei, nicht benutzte große Wohnungen mit Beschlag zu legen und erwähnt den Fall einer Witwe Bartensleben, die auf ihrem Gute bei Berlin lebe, ihre hiesige Wohnung formell an einen Prinzen Solms verleihe, der sie aber nicht benütze und noch die höchsten Lebensmittel für sich abholen lasse, außerdem Kohlen im Ueberfluß besitze. Einen Sturz der Regierung wolle seine Partei so lange vermeiden, als nicht die Deutsche Volkspartei die Durchführung ihres Wahlprogramms durchgesetzt habe. Desgleichen dränge sie sich nicht nach einer Beteiligung an der Regierung. Zur Sozialisierung wünschete der Redner, daß diese nicht etwa in russische Bahnen kommen sollte. Der Vorschlag der Sozialisierungskommission sei das zu erstrebende Ziel.

Reichsminister Gehler bezeichnet es als unerhört, wenn solche Heereskräfte in Ostpreußen erfolgt sein sollten, wie der Redner sie fordern besprochen habe. Er habe noch eben in einem Ferngespräch dem Oberpräsidenten von Ostpreußen erklärt, daß die Berichte von einem Heeresstützpunkt in Ostpreußen stark übertrieben wiederzugeben seien. Seit dem 15. Oktober habe niemand mehr die Grenze überschritten.

Noch einer Reihe persönlicher Bemerkungen bittet der Präsident, den Etat einstweilen dem Haushaltsausschuß zu überweisen, die Beratung aber fortzusetzen.

Das Haus beschließt demgemäß — Weiterberatung Donnerstag, 4. Nov., nachmittags 3 Uhr. Schluß $\frac{1}{2}$ 3 Uhr.

Tagel-Reinigkeiten.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Nov. Die Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten wird nunmehr im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht. Die Verordnung, die die Grundzüge des Wahlverfahrens regelt, ermächtigt in Anlehnung an das Wahlgesetz den Reichsminister des Innern, mit Zustimmung des Reichstages die Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die nunmehr in der Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten gebracht werden. Sie wird im übrigen von dem Grundgesetz möglichst vereinbar und Kostenersparnis wie auch gesteigerter Dezentralisation bestrickt. Die Einrichtung des Wahlscheins wird besonders ausgebaut. Wann die erste Wahl des Reichspräsidenten stattfinden wird, bleibt noch unbestimmt.

Nord Schleswig.

Ropenhagen, 1. Nov. In der Sitzung des Folketing führte der Ministerpräsident Neergaard aus: „Ich habe mich mit ein paar Worten an den Abgeordneten Schmidt zu wenden. Ihn und anderen, die verwandte Gegenstände (nord-schleswigsche Verhältnisse) besprechen, will ich sagen: Wir wollen die sprachlichen und nationalen Eigenheiten der deutschen Volkselemente respektieren. Dies zu tun betrachten wir als eine Ehrenpflicht. Unsere Volksgenossen erlitten so viel Unterdrückung in Südjütland. Sie forderten so oft und laut nationale und sprachliche Freiheit, daß es eine Ehrenpflicht für uns ist, diese jetzt zu gewähren, da wir es sind, die für diese Gegenden Bestimmungen zu treffen haben. Ebenso wollen wir alles tun, was wir vermögen, damit die beiden Nationalitäten friedlich nebeneinander wohnen können. Es sind aber gewisse Bedingungen vorhanden, die nicht vergessen werden dürfen, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Ich bitte den Abgeordneten Schmidt, dies zu ermögen. Eine solche Bedingung muß sein, daß man nicht an die dänische Verwaltung Forderungen stellt, die weit über das hinausgehen, was selbst die liberalsten Deutschen der dänischen Bevölkerung Nord-Schleswigs einräumen wollten, damals, als die Deutschen dort untern registrierten. Ich weiß sehr wohl, daß der Abgeordnete Schmidt zu dieser liberalsten Seite des deutschen Volkes gehörte, ich weiß, daß er mit weniger liberalen Landesleuten manden Kampf angefochten hat, um für die Grenzbevölkerung die relative Freiheit zu schaffen. Es ist ihm aber niemals eingefallen, Forderungen zu stellen, die nur annähernd denen nahe kamen, die er jetzt namens der deutschen Volksminderheit gegenüber der dänischen Regierung stellt. Eine andere Bedingung dafür, daß ein wirklich gutes Verhältnis entstehen kann, ist, daß deutsches Volk gegen die Dänen der zweiten Zone die gleiche freifelhige Politik geführt wird, wie sie die Dänen gegen die deutsche Minderzahl in den südjütischen Landesteilen führen, die jetzt wieder mit uns vereinigt sind. Endlich, was ich stark betonen will, ist die dritte Bedingung, die, daß der Abdruck respektiert wird, der jetzt getroffen worden ist. Der Abgeordnete Schmidt darf nicht glauben, daß das Verlangen nach Beteiligung der Grenze nach Norden und die Forderung der Ardie-Linie oder etwas damit Verwandtes Fragen sind, über welche hier im dänischen Reichstags und bei der dänischen Regierung überhaupt diskutiert werden kann. Ueber solche Forderungen diskutieren wir nicht.“

Die Einführung des Achtstundentags in der Schweiz.

Bern, 1. Nov. In der schweizerischen Volksabstimmung ist das Gesetz über die definitive Einführung des Achtstundentags beim Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonbetrieb nach heftigen Abstimmungskämpfen mit rund 309 000 gegen 271 000 Stimmen beschlossen worden. Die Landwirtschaft, das Gewerbe und die Eisenbahnen bildeten die Opposition. Die Stimmbeteiligung betrug ca. 67%.

Der griechische König.

Zürich, 1. Nov. Wie der „Secolo“ aus Athen meldet, wird die offizielle Einladung der griechischen Regierung an Prinz Paul, den Thron zu bestiegen, erst nach Durchführung der allgemeinen Wahlen erfolgen. Prinz Paul gilt nach wie vor als Nachfolger des verstorbenen Königs Alexander.

Die westungarische Frage.

Wien, 1. Nov. Der christlich-sozialen Parteiführer Dr. Weiskirchner hat seine vielfach gedeutete Reise nach Budapest gemeinsam mit dem hiesigen ungarischen Gesandten angetreten und kehrt morgen in dessen Gesellschaft wieder nach Wien zurück. Dadurch wird die Vermutung bestätigt, daß es sich dabei nicht nur um die Beschaffung von Rohstoffen aus Ungarn, sondern auch um politische Abmachungen handle, die in erster Linie Westungarn betreffen. Man will hier wissen, daß bereits eine Vereinbarung auf der Grundlage zustande gekommen sei, wonach die Zustimmung der Völkerverdringungskommission vorausgesetzt, die Stadt Oedenburg bei Ungarn verbleibt, dagegen Österreich ein Stück deutschen Bodens in der Gegend von Rust zuwachsen soll. Ferner soll Ungarn die bei Oedenburg gelegene Gemeinde Groß-Rintendorf erhalten, auf die es als Geburts- und Begräbnisstätte des großen ungarischen Patrioten Stefan Szechenyi besonderes Gewicht lege. Allerdings befindet sich dort auch eine große ungarische Zuckerfabrik. Ferner soll, wie verlautet, die Stadt Rohonc im Bezirk Eisenburg an Ungarn abgetreten werden, deren Verlust, da es sich um eine sehr fruchtbare Gegend handelt, recht schwer ins Gewicht fallen würde. Österreich erhielt dafür einen Landstreifen am Neufelder See. Im Gegenzug zu der Abmachung über Oedenburg soll die letztgenannte Korrektur durch die internationale Grenzregulierungskommission im eigenen Wirkungsbereich durchgeführt werden. Es ist kein unzweideutiger Gegenbeweis, wenn demgegenüber amtlich erklärt wird: „Der Friedensvertrag von St. Germain, als dessen Värge die Entente zu betrachten sind, läßt die westungarische Frage als res iudicata erscheinen, deren Durchführung bei der Entente steht und wogu es keiner Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn bedarf.“

Die deutsch-nationalen Vereine Westungarns wehren sich heftig gegen solche Absichten, und ihr Volksbildungsrat hat einen Beschluß gefaßt, in dem höchste Bewachung dagegen

**Bestellungen auf
Kunkelrüben und
Bodenkohlraben**

zu ca. Mk. 20.— per Dstr.
können bis Donnerstag ge-
macht werden. 1607
1. 11. 20.

Städt. Nahrungsmittelamt.

Einen 1604

dienstfähigen
**Zucht-
Ziegenbock**

8-10 Mon. alt, Schwarz-
walschlag, sucht sofort
zu kaufen

Stadtpflege Nagold.

Einen
**fetten
Ziegenbock**

verkauft am nächsten Mitt-
woch mittags 11 Uhr im
Farrenhof 1587

Stadtpflege Nagold.

Hoher Verdienst

bietet sich Hausfrauen durch Ver-
kauf eines in jeder Haushal-
tung täglich benötigten Ar-
tikels der Bedürfnismittelbranche.

Angebote unter G. 1546
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gebetbücher

bei G. W. Zaiser, Nagold.

E. VB. Mittw. Abend
8 1/2. Gerhardt-
Lieder-Gottes-
dienst in der
Kirche 1608

1597 Nagold.
Mehrere solide Herren
nimmt in

Kosttisch

an
Martini & Waldhorn.

Verloren

ging zwischen Eshausen und
Wart eine 1605

**Damen-
Handtasche**

mit Gelbinhalt.
Der Finder wird gebeten,
dieselbe gegen gute Belohnung
abzugeben bei

Leibrock :: Wart.

Kauf. geb. Pianistin erteilt in
Nagold u. Eshausen vorzähl.

Klavier-Unterricht.

Kommt ins Haus. 1 Klavier-
stunde 4 M.
Angebote unter M. Z. 1600
befördert die Geschäftsst. d. Bl.

Mädchen

für Küche und Haushalt zu
sofortigem Eintritt. 1603

Frau Prof. Wagner.

**Stadtgemeinde Nagold.
Kilben-Verkauf.**

Am Donnerstag, 4. November 1920 aus Distr. Kilberg,
Kbt. vord. und hint. Stubenämmerle, Herrenwäldle, hintere
Lodge und vord. Dachbau Ebene, Distr. Lemberg, Kbt.
Schaffhausen:
Kilben (rotanneeres Rindsch-Sägholz) Fm: 11 I. Kl.,
6 II. Kl., 2 III. Kl.
Zusammenkauf 2 Uhr bei der Pfanzenhülle in Kbt.
vord. Lodge.

Landwirtschaftl. Bezirksverein.

Die Herren Obmänner der Ortsvereine werden dringend
ersucht, die Namen der Kustläufer für Werke und Habe, sofort
hierher berichten zu wollen, mit dem Kustauf soll baldigst be-
gonnen werden. 1601

Eshausen, 31. Oktober 1920. Böhlinger.

**Lieder Paul Gerhardts
mit Bildnis und Lebensbeschreibung**

72 Seiten stark.
Preis 80 Pfg.

Vorrätig bei
**G. W. ZAISER, Buchhandlung,
NAGOLD.**

Citacifa Ein herrlicher
Tabak!

Garantiert rein
oberösterreichischer
Rauch-Tabak
100 Gr.-Paket
nur 7 Mk.
Befriedigt den
verwöhnten
Raucher!

In jedem Geschäft zu verlangen
vertreter an allen Plätzen gesucht! Dannecker-
Strasse 11.

A. Lindauer, Stuttgart 75 m

Wir kaufen 1593

Branntwein jeder
Art,

welcher nicht ablieferungspflichtig ist, in großen
Mengen und bitten um Angebot mit Angabe des
Quantums und des Preises. Offerten ohne Preis-
angabe werden nicht berücksichtigt.

Jacob Schwersenz Erben
Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 50
Handelserlaubnis beim Polizei-Präsidium Berlin.
Freigeldbetrieb Nr. 24, Zollamt Charlottenburg.

Zigaretten

Solitudo	20
Diekies	25
Moralico	30
Bartholdi	40
Moi Berheim	40
Perle der Riviera	50

Alle Sorten sind aus rein
orient. Tabaken hergestellt.

New-York Herald Company
u. s. o.
Zigaretten-Fabrik, Stuttgart 72 m

„Radikal“

mit Patronenladung, für jeden Betrieb geeignet, auch erfolgreich
bei schwer zu löschenden Bränden — Benzin-Type — ist nach Gut-
achten von ersten Fachleuten der vollkommenste und zuverlässigste

Handfeuerlöscher

der sich in Ernstfällen massenhaft glänzend bewährt. — Prospekte,
1609 Atteste kostenlos.

Wilhelm Narr
Radikal-Apparate-Bauanstalt, STUTTGART.

Ein neues 1606

**Herren-
Touren-Rad**

verkauft für 900 Mk.
Wer? lost die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.
Auch sind daselbst zwei
zweitklassig

Sajenstäße
zu verkaufen.

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich
unentgeltlich mit, wie
ich von meinem lang-
jährigen Frauenleiden
(Blutarmut, Weissfluss)
in kurzer Zeit befreit
wurde. Rückporto erb.
Frau Berta Koopmann
VI Berlin W. 35
Potsdamerstr. 104.

**Nagold.
Wohngebäude**

zweistödig, Neue Straße Nr. 41, sowie
Gemüsegarten und Wiese
im Gemond Neuwiese in der Nähe von Fabrikant Straße
sofort zu verkaufen.
1601
Angebote zu richten an H. Gottlieb Kläger, Uhrmacher.

1598 Nagold-Flein, 1. Nov. 1920.

Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten ma-
chen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere
liebe, treubeforgte Mutter, Schwiegermutter, Groß-
mutter, und Tante

Bertha Hauth

Lammwirtschwite in Flein

am Sonntag mittags 12 1/2 Uhr sanft eingeschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten im Namen der trau-
ernden Hinterbliebenen

Hermann Rauser, Mehlhandlung.
Beerdigung Dienstag nachmittag 2 Uhr.

1602 Eshausen, den 1. Nov. 1920.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden
und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß
unser lieber, treubeforgter Vater, Vater, Schwieger-
vater und Großvater

Jakob Kopp

heute morgen 10 Uhr, nach langem, schwerem Leiden
im Alter von 69 Jahren sanft in dem Herrn ent-
schlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Wittin: **Christine Kopp** geb. Schäferle
mit ihren Kindern.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 1 Uhr.

Wand-Kalender für 1921

in Bogen und aufgezogen
empfiehlt

G. W. ZAISER, Buchhandlung, Nagold.

Achtung!

Ziehharmonikas

kosten nur noch kurze Zeit den hal-
ben Preis.

Alle Ziehharmonikas können gegen neue eingetauscht werden
in der neuen Harmonika- und Balgfabrik, sowie Spezial-
geschäft für Reparaturen an in- u. ausländ. Harmonikas,
bei **Gebrüder Hohnloser & Hohner aus Bozen (Tirol)**
Geschäft Pforzheim, Bergstraße 27.
Auf Wunsch erhält jeder Käufer Unterricht von Meister-
spieler Hohnloser. — Fortwährend auch Neu- und Ver-
kauf von gebrauchten Harmonikas. [1491]

Papp - Schachteln
bei **G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**